



## Klaus-Dieter Stallmann MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Innere  
Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Telefon:  
Durchwahl:(0211) 884 - 0  
2434/2723An den  
Vorsitzenden des  
Haushalts- und Finanzausschusses  
Herrn Volkmar Klein MdL

8. März 2005

im Hause

**Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit**

Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 13/5035

**Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EfoG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6537

**Einführung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamte und Tarifangehörige****Neue Arbeitszeitmodelle - eine Chance für den öffentlichen Dienst**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6588

Sehr geehrter Herr Kollege,

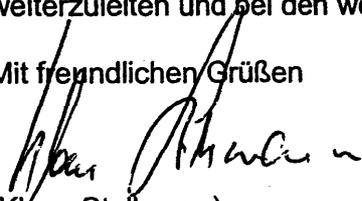
der FDP-Antrag "**Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit**" wurde vom Plenum am 11. März 2004 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform überwiesen. Mit dem Zwischenbericht 13/5646 hatten Sie die Beratung ruhend gestellt, bis der angekündigte Gesetzentwurf der Landesregierung zur Einführung einer kapitalgestützten Finanzierung der Beamtenversorgung vorliegt. Mit dem am 24. Februar 2005 vom Plenum überwiesenen Gesetzentwurf "**Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EfoG)**" Drucksache 13/6537 ist diese Voraussetzung erfüllt.

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat in seiner Sitzung am 3. März 2005 den FDP-Antrag Drucksache 13/5035 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU **abgelehnt**. Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6537 wurde in der gleichen Sitzung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **angenommen**.

Ebenfalls am 3. März hat der Ausschuss den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "**Einführung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamte und Tarifangehörige. Neue Arbeitszeitmodelle - eine Chance für den öffentlichen Dienst**" Drucksache 13/6588 beraten. Bei der Überweisung des Antrags im Plenum am 23. Februar 2005 wurde von der FDP-Fraktion bereits eine Anhörung bzw. ein Sachverständigengespräch angeregt. Mit Blick auf den engen Zeitrahmen bis zum Ende der Sitzungsperiode eignete sich der Ausschuss darauf, **kein Votum** zu dem Antrag abzugeben.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Kollege, diese Voten an die Mitglieder Ihres Ausschusses weiterzuleiten und bei den weiteren Beratungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



(Klaus Stallmann)